Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1437

20. 01. 78

Fragen

für die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

vom 23. Januar 1978

Seite

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.: (02221) 363551

Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Wieviel Anzeigen der Bundesregierung zu welchen Sachthemen sind seit Anfang Dezember 1977 bis jetzt in welchen Zeitungen der Bundesrepublik Deutschland erschienen?

2. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Handelt es sich um eine bundesweite oder regional begrenzte Aktion, bis wann soll sie dauern, und wie hoch sind die finanziellen Mittel, die für diese Kampagne bereitgestellt wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Bundesrepublik Deutschland bereits im Deutschlandvertrag vom 23. Oktober 1954 mit den drei Westmächten auf die Androhung und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele glaubwürdig verzichtet hat, daß diese Verpflichtung von allem Anfang an nicht nur gegenüber den westlichen Vertragspartnern, sondern universal und generell – also auch gegenüber den Mitgliedern des Warschauer Pakts, vor allem gegenüber dem anderen Teil Deutschlands – galt und daß sich alle Bundesregierungen von 1949 bis 1969 in ihrer gesamten Politik konsequent und konkret an diesen Gewaltverzicht gehalten haben?

4. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Welchen Unterschied erkennt die Bundesrepublik Deutschland zwischen einem vertraglich erklärten und konkret verpflichtenden Gewaltverzicht einerseits und einem „konsequenten Gewaltverzicht" im Sinne der Ausführungen des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen (Bulletin der Bundesregierung vom 20. Dezember 1977) andererseits?

5. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Hat sich seitens der Bundesregierung bezüglich der Interpretation des Viermächteabkommens über Berlin insofern eine Wandlung vollzogen, als in der Gemeinsamen Bukarester Erklärung vom 7. Januar 1978 nicht mehr von der „strikten Einhaltung und vollen Anwendung", sondern nur noch von einer „strikten Beachtung und vollen Anwendung" gesprochen wird?

6. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist die Zahl der in Rumänien lebenden ausreisewilligen Deutschen, und wie lange würde es dauern, bis dieser Personenkreis in die Bundesrepublik Deutschland gekommen ist, wenn es – wie Presseberichten zu entnehmen ist – bei jährlich 11 000 Ausreisebewilligungen bleibt?

7. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tätigkeit der für den Nahost-Bereich zuständigen Beamten des Auswärtigen Dienstes, nachdem Berichte des Nahost-Korrespondenten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in letzter Zeit von einer „Palästina-Lobby" im Auswärtigen Amt sprechen?

8. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Welche politischen und juristischen Möglichkeiten stehen der Bundesregierung in der Volksrepublik Polen zur Verfügung, dem in Warschau zu hohen Freiheitsstrafen verurteilten Ehepaar Preiß Hilfe und Beistand zu leisten?

9. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Hat die deutsche Botschaft in Warschau dem Ehepaar Preiß während der Untersuchungshaft und nach Übergabe der Anklageschrift juristischen Beistand leisten können und gegebenenfalls in welcher Weise?

10. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wann und in welcher Weise wird die Bundesregierung über die noch nicht abschließend erledigten Empfehlungen des Berichts der Kommission für die Reform des Auswärtigen Dienstes und die neu hinzugekommenen Probleme Lösungsvorschläge, soweit die Zuständigkeit des Bundestages gegeben ist, vorlegen?

11. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Warum stellt die Bundesrepublik Deutschland als der größte Beitragszahler der EG von den 10 670 EG-Bediensteten wesentlich weniger als Italien und Belgien, die zusammen die Hälfte des Personalkontingents stellen?

12. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Erfahrung von Reisenden nach Bulgarien bestätigen, wonach sich die Bestimmungen für Einzelreisende über den Nachweis des Devisenpflichtumtausches verschärft haben, sowie medizinische Behandlung nicht mehr kostenfrei, sondern nur noch gegen westliche Devisen erfolgt, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls aus dieser veränderten Lage?

13. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß beim Besuch des Bundeskanzlers in Warschau im November 1977 überhaupt keine greifbaren Fortschritte für die kulturellen, menschlichen, personalen und Gruppenrechte der Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße in bezug auf Muttersprache, deutsche Schulen, Gottesdienste, Vereinigungen, die Gewährleistung des Gleichheitssatzes für Deutsche und die Wahrung nationaler Eigenart erreicht wurden?

14. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung angesichts ihrer verfassungsmäßigen Schutzpflicht und ihrer Vertragspflicht die konstante schwerwiegende Verletzung der eindeutigen und vorbehaltlosen Rechtsverpflichtungen des Artikels 27 des Menschenrechtspakts für bürgerliche und politische Rechte gegenüber den Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße weiterhin hinnehmen, ohne mit allen international zulässigen Mitteln von der VR Polen die Erfüllung der Vertragspflichten einzufordern, oder hält sie es für rechtlich zulässig und politisch tragbar, sich – auch angesichts des Ausreiseprotokolls und der „Information" von 1970 – mit der polnischen Behauptung, es gäbe keine Deutschen, weil es sie in der Heimat nicht geben dürfe, abzufinden?

15. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die deutsche Öffentlichkeit und alle verbündete Staaten sowie die Staaten, mit denen amtliche Beziehungen bestehen, von der Versagung der Rechte auf nationale Eigenart (Artikel 27 UNO-Menschenrechtspakt) für vier Millionen Deutsche im Ostblock zu unterrichten und das Bewußtsein für deren durch mehrere weltweite Verträge gewährleisteten kulturellen und sprachlichen Menschenrechte ebenso nach innen wach zu erhalten wie nach außen beharrlich zu vertreten?

16. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche rechtlichen und politischen Gründe gestatten es der Bundesregierung, trotz der grundgesetzlichen Schutzpflicht für die Deutschen, trotz der eindeutigen Rechtsverpflichtungen aus Artikel 27 des UN-Paktes für bürgerliche und politische Rechte und entgegen der feierlichen moralisch-politischen Verpflichtung der Teilnehmerstaaten in Helsinki zum Abschluß ergänzender bilaterale Verträge zwecks Verbesserung der menschlichen Lage es abzulehnen, einerseits von der Volksrepublik Polen den Eintritt in förmliche zweiseitige Verhandlungen über Verwirklichung der sprachlichen und kulturellen Rechte der über 1 1/4 Millionen Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße zu fordern und andererseits auch die bereits vorhandene kulturelle Freiheit der Polen in der Bundesrepublik Deutschland vertraglich abzusichern?

17. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Bedeuten die Äußerungen des Bundeskanzlers über seinen Besuch in Rumänien, auf bilateralem Gebiet seien die Erwartungen, mit denen die deutsche Delegation nach Bukarest gekommen sei, voll erfüllt worden, daß sich die rumänische Regierung künftig an die von ihr mitunterzeichnete KSZE-Schlußakte von Helsinki halten und die darin versprochene Achtung der Menschenrechte – insbesondere des Rechts auf Aufreise aus jedem Land einschließlich des eigenen – voll praktizieren wird, oder wie ist verneinendenfalls die Äußerung des Bundeskanzlers zu verstehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

18. Abgeordneter **Spilker** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß angesichts der Schwierigkeiten beim Vollzug des Fluglärmgesetzes und in Erwartung des Erfahrungsberichts der Bundesregierung über den Vollzug dieses Gesetzes die Fünf-Jahresfrist nach § 9 Abs. 1 des Fluglärmgesetzes außer Vollzug gesetzt werden sollte, bis die Ergebnisse des Berichts Beachtung in neuen Fluglärmvorschriften finden konnten, damit betroffenen Bürgern die Möglichkeit gegeben wird, eventuelle Anpassungen des Rechts an die Vollzugsprobleme abzuwarten, und wenn ja, ist sie bereit, entsprechende Initiativen zu ergreifen?

19. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmung muß von einem einbürgerungswilligen ausländischen Arbeitnehmer, der nicht Ehegatte einer Deutschen ist, die Beibringung eines Ausbürgerungsbescheids seines Herkunftslands verlangt werden, und nach wieviel vergeblichen Versuchen muß eine deutsche Behörde anerkennen, daß der Bewerber die Ausbürgerung ohne sein Verschulden nicht erlangt hat?

20. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, zugunsten von ausländischen Arbeitnehmern mit langer Aufenthaltsdauer darauf hinzuwirken, daß künftig auf Einbürgerungsbedingungen, die nicht nach §§ 8, 9 oder 13 StAG zwingend erforderlich sind, verzichtet werden kann?

21. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Von welchen Grundsätzen wird die Bundesregierung bei der geplanten Novellierung des Atomgesetzes hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit von Leichtwasserreaktoren und Reaktoren der fortgeschrittenen Linien HTR und SBR ausgehen?

22. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie wird die Bundesregierung bei HTR- und SBR-Projekten verfahren, die nach Fertigstellung der jetzt im Bau befindlichen THTR 300 und SNR 300 zur Genehmigung anstehen?

23. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Gibt es nach dem Wissensstand der Bundesregierung polizeiliche Alarmpläne Nordrhein-Westfalens, die – wie das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" berichtete – darauf abzielen, bei terroristischen Anschlägen eine totale Verkehrsblockade zu Wasser, zu Lande, in der Luft und auf den Schienenwegen durchzuführen, und wenn ja, sind diese Pläne mit den zuständigen Bundesministern für Verkehr bzw. Inneres abgesprochen, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Pläne gegebenenfalls?

24. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß andere Bundesländer ähnliche Alarmpläne vorbereiten oder bereits in Kraft gesetzt haben?

25. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)

Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß die durch hohe Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt finanzierte Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V. sich auch mit der Erforschung der Ursachen des Terrorismus, des bedeutendsten innerstaatlichen Konfliktherds unserer Zeit, befaßt?

26. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Trifft es zu, daß innerhalb der Bundesregierung unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich von Umweltschutzauflagen für Kohlekraftwerke bestehen, wie aus dem Artikel im „Spiegel" Nr. 1 vom 2. Januar 1978 „Hand in Hand" ersichtlich?

27. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß der Bau neuer Kohlekraftwerke und damit verbunden die Schließung alter und kleiner Kohlekraftwerke dringend geboten ist und daß zur Zeit weder Aufweichungen der bestehenden Umweltschutzbestimmungen noch Verschärfungen angebracht und vertretbar sind?

28. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung sich veranlaßt gesehen, aus der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen zum Thema leistungsbeeinflussende und leistungsfördernde Maßnahmen im Hochleistungssport durch den Sportausschuß des Deutschen Bundestages am 28. September 1977 Folgerungen zu ziehen, und wenn ja, welche?

29. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der großen Plutoniumanlage der USA in Hanford (Washington) eine ungewöhnlich große Zahl tödlicher Krebsfälle aufgetreten sind, die eine Häufung von Knochenmark-, Lungen- und Bauchspeicheldrüsenkrebs ergeben haben, und wird die Bundesregierung solche Untersuchungen prüfen und im Rahmen ihrer Energiepolitik verwerten?

30. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Welche Modellvorhaben der Müllbeseitigung und Müllverwertung als Recycling-Anlagen werden mit Bundesmitteln gefördert, wie hoch sind die jeweiligen Bundeszuschüsse, und wie hoch sind die Ansätze hierfür im Bundeshaushalt 1978?

31. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Welche Finanzmittel werden aus dem „Programm für Zukunftsinvestitionen" für 1978 für Projekte der Abwasserreinigung am Bodensee und im Einzugsbereich des Bodensees bereitgestellt, und mit welchen Zuschüssen werden die Träger dieser Projekte rechnen können?

32. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wie ist derzeit der Stand des Genehmigungsverfahrens für das von der RWE in Remerschen/Luxemburg geplante Kernkraftwerk, und hält die Bundesregierung nach wie vor ihr Angebot aufrecht, die gegebenenfalls dort anfallenden radioaktiven Abfälle in die Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen?

33. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Wolfgang Zeidler, „auf Helmut Schmidts Geheiß auf den Posten des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts umsatteln mußte", wie es die sozialdemokratische Zeitschrift „Recht und Politik" 1977, Heft 4, S. 204, formuliert, und wie beurteilt die Bundesregierung bejahendenfalls diese Einflußnahme des Bundeskanzlers?

34. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Mit welcher Begründung wurde dem US-amerikanischen Staatsbürger und Autor des Buches „Inside the Company", Philip Agee, am 22. Dezember 1977 auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland verweigert?

35. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die ständigen Offenbarungen in Wort und Schrift interner und unbedingt geheimzuhaltender nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und Arbeitsmethoden durch den ehemaligen Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, Dr. Nollau, wie zum Beispiel in der Sendung Monitor vom 3. Januar 1978 mit präzisen Hinweisen auf eine Aktion gegen die verbotene illegale KPD, und gelten für den ehemaligen BfV-Präsidenten Dr. Nollau dieselben Auflagen, die alle derzeitigen und ehemaligen Mitarbeiter unserer Nachrichtendienste und Abwehrorgane zu beachten haben?

36. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um Verstöße des Herrn Dr. Nollau gegen Verschwiegenheits- und Loyalitätspflichten zu verhindern oder zu ahnden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

37. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wann ist mit der vor Jahren angekündigten großen Unterhaltsrechtsreform zu rechnen, und welche Vorarbeiten sind von Seiten der Bundesregierung hierfür in die Wege geleitet?

38. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wieviel Gesetze und Rechtsverordnungen sind seit 1969 verabschiedet worden, und wieviel bedurften der Zustimmung des Bundesrats?

39. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

In wie vielen Fällen hat der Bundesrat seine Zustimmung verweigert, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Behauptung, aus Bonn sei auf die Länder eine „Flut" von Gesetzen und Verordnungen „eingestürzt", die sie nicht hätten verhindern können?

40. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Trifft es zu, daß auf Beschluß der Gesundheitsministerkonferenz vom März dieses Jahrs an eine Länderinitiative für ein Transplantationsgesetz vorbereitet werden soll, sofern die Bundesregierung bis dahin keinen Gesetzentwurf vorlegt, und ist die Bundesregierung bereit, einer solchen Initiative rechtzeitig durch einen eigenen Entwurf zuvorzukommen?

41. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, ob gegen ehemalige AStA-Angehörige oder Mitglieder von Studentenparlamenten wegen finanzieller Aufwendungen zur Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren geführt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

42. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die Verschiedenartigkeit der Textgestaltung im Einkommensteuergesetz 1974 und 1975 sich die rechtlichen Voraussetzungen des Abzugs der Vorsorgeaufwendungen nicht geändert haben?

43. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß einige Finanzämter in der Bundesrepublik Deutschland bei Anwendung des Einkommensteuergesetzes 1975 die Auffassung vertreten, daß der Text des Einkommensteuergesetzes 1975 eine engere Rechtsauslegung zulasse, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

44. Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)

Was führt nach Ansicht der Bundesregierung zu einer größeren Energieeinsparung, die Erhöhung der Heizölsteuer um 1 Pfg./Liter oder die Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit für Personenkraftwagen auf 130 km/h bzw. 120 km/h?

45. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Hält die Bundesregierung die – womöglich rückwirkende – Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke mit der Begründung, die Kernenergie würde von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet, für zulässig, oder teilt sie die Ansicht, daß derartige Maßnahmen eine

Radikalisierung von Bürgerinitiativen bewirken könnte und den von der Bundesregierung konstruktiven Dialog um die Kernenergie weiter erschweren würde, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

46. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Bestrebungen auf Abschaffung oder Ermäßigung der Mehrwertsteuer im Gebrauchtwagenhandel nachzugeben, oder aus welchen Gründen wird keine Änderung erfolgen?

47. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die nach § 7 d des Einkommensteuergesetzes möglichen erhöhten Absetzungen für Wirtschaftsgüter, die dem Umweltschutz dienen, so erfaßt werden, daß auch Anlagen zur Nutzung der Solarenergie zu denjenigen Wirtschaftsgütern gerechnet werden, für die eine Bescheinigung seitens einer Landesregierung zur Erreichung der vorgesehenen Abschreibungsmöglichkeiten ausgestellt wird?

48. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Durch welche ergänzenden Maßnahmen kann ohne Änderung des Gesetzestextes der § 7 d des Einkommensteuergesetzes, in dem erhöhte Absetzungen für Wirtschaftsgüter, die dem Umweltschutz dienen, vorgesehen sind, so interpretiert werden, daß auch Anlagen zur Nutzung der Solarenergie erfaßt sind?

49. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Sind Berichte zutreffend, daß die Bundesregierung über bestehende Stützungsmaßnahmen hinaus den deutschen Kornbrennern eine Beihilfe gewähren will, um die Differenz zwischen dem britischen und dem deutschen Preis auszugleichen, und in welchem Verhältnis stehen die Mittel zueinander, die in der Bundesrepublik Deutschland zur Förderung des Alkoholabsatzes und zur Bekämpfung des Alkoholismus von öffentlicher Seite gewährt werden?

50. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung einzelner Finanzämter (z. B. Finanzamt I, Freiburg), wonach Bürgerinitiativen gegen den Bau von Kernkraftwerken nicht als gemeinnützige Körperschaften anerkannt werden können?

51. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Tatsache ziehen, daß einzelne Finanzämter mit Hilfe der Abgabeordnung bei der Entscheidung über die Anerkennung als gemeinnützige Körperschaft Maßstäbe anlegen, die kritisches Engagement gegenüber staatlichen Maßnahmen erschweren?

52. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Ist es üblich, die Gemeinnützigkeit rückwirkend abzuerkennen?

53. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Gedenkt die Bundesregierung, dem Beispiel in den USA zu folgen, Zigaretten mit geringem Teer- und Nikotingehalt steuerlich zu entlasten und dafür Zigaretten mit hohem Teer- und Nikotingehalt steuerlich stärker zu belasten?

54. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie viele Renten- bzw. Altersruhegeldbezieher aus der gesetzlichen Rentenversicherung auf Grund noch anderer Einkünfte eine Einkommensteuererklärung abgeben?

55. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Wenn ja, wie hoch ist das auf die Rententeile nach § 22 des Einkommensteuergesetzes entfallende Steueraufkommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

56. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Auswirkungen sowie künftigen Risiken für bundesdeutsche, insbesondere bayerische Bierexporte nach Frankreich, nachdem die französischen Behörden seit November 1977 eine bestimmte Preisobergrenze für in- und ausländische Biere vorschreiben, und welche Folgerungen zieht sie aus dieser Beurteilung?

57. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, sich im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für eine Auflockerung bzw. Beseitigung dieser handelshemmenden Preisregelung einzusetzen?

58. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Rationalisierungsberatung in den Praxen, Kanzleien, Büros und Ateliers der freien Berufe direkt oder indirekt zu fördern?

59. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Brüsseler Überlegungen und Pläne, nach dem Vorbild der Agrarmarktordnung eine Bremse für Stahlimporte zu schaffen, und ist damit zu rechnen, daß dadurch ein wesentlicher Teil der Probleme und Sorgen der heimischen Stahlindustrie gelöst wird?

60. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, im EG-Ministerrat initiativ zu werden, um eine vergleichbare Begrenzung auch für Importe von Drittlandkohle zu erreichen bzw. der Lieferverpflichtung in Zeiten einer Mangellage eine Abnahmeverpflichtung in Energieüberschußzeiten entgegenzusetzen?

61. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, private Sicherheitsdienste einer öffentlichen Kontrolle zu unterziehen, und wird sie entsprechend gesetzgeberisch tätig werden?

62. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Auf Grund welcher haushaltsrechtlichen Ermächtigung konnte der Bundeskanzler bei seinem Besuch in Rumänien der dortigen Regierung eine Bürgschaft von 700 Millionen DM zusagen?

63. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um nach der Erhöhung der Heizölsteuer und der damit verbundenen Preiserhöhung für Heizöl eine Existenzgefährdung mittelständischer Betriebe des Brennstoffhandels auszuschließen, und teilt sie Befürchtungen, daß infolge eines Rückgangs der Zahl derartiger Betriebe Versorgungslücken auf dem Energiesektor auftreten könnten?

64. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Mit welchem Energieimportbedarf der westeuropäischen Länder rechnet die Bundesregierung von der zweiten Hälte der 80er Jahre an bis etwa zum Jahr 2000?

65. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Erkennt die Bundesregierung, daß der Erdgasimportbedarf verschiedener westeuropäischer Länder während einer Zeitspanne ansteigen wird, für die unsere Erdgasimporteure noch Anschlußverträge zur Schließung der bestehenden Gasversorgungslücke suchen müssen, und was veranlaßte die Bundesregierung, trotz des mit großer Wahrscheinlichkeit ab Ende der 80er Jahre steigenden Erdgasimportbedarfs anderer westeuropäischer Länder und der hier zu erwartenden starken Nachfragekonkurrenz, die Lösung des Problems unserer künftigen Versorgung mit Importerdgas in der 2. Fortschreibung des Energieprogramms (dort Tz. 47) in westeuropäischen Quellen zu sehen?

66. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)

Welche Vergütung und geldwerten Vorteile erhielten die einzelnen Gutachter des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung?

67. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß „Atomstrom" billiger sei als auf der Grundlage „anderer Primärenergie" erzeugter Strom, welche Kalkulationen liegen gegebenenfalls solchen Feststellungen nach dem Wissensstand der Bundesregierung zugrunde und um wieviel ist gegebenenfalls Atomstrom danach billiger?

68. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Mit welchen Beträgen sind die noch nicht erfolgreich erprobten Technologien für Wiederaufbereitung und Entsorgung nach dem Wissensstand der Bundesregierung in solchen Kalkulationen enthalten, und wie sind solche Beträge ermittelt?

69. Abgeordneter **Männing** (SPD)

Hat, wie vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft am 14. Dezember 1977 angekündigt, der Europäische Rat in seiner Sitzung am 19. und 20. Dezember 1977 in Verbindung mit der Fortsetzung des Europäischen Regionalfonds zu einer befriedigenden Regelung der in diesem Zusammenhang vom Ausschuß für Wirtschaft in seiner Beschlußempfehlung vom 23. November 1977 (Drucksache 8/1326) aufgeworfenen Sachfragen gefunden, und kann die Bundesregierung die diesbezüglichen Beschlüsse des Rats im einzelnen erläutern?

70. Abgeordneter **Angermeyer** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung unter wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten die Funktionsabgrenzung des Selbstbedienungsgroßhandels zum Einzelhandel, insbesondere unter Berücksichtigung der jüngsten Rechtssprechung, zu den hierfür relevanten wettbewerbsrechtlichen Begriffen?

71. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussagen des Bundesamts für gewerbliche Wirtschaft, daß „die von den Bergwerksgesellschaften angekündigten Preiserhöhungen für 1978 um rund 10 Prozent zu einer durchschnittlichen Erhöhung des Kohlepreises von 15 DM je Tonne führen" und „beim Einsatz von jährlich 30 Millionen Tonnen Steinkohle in der

Elektrizitätswirtschaft käme es zu einer zusätzlichen Belastung im Jahr 1978 von 450 Millionen DM, die aus den Mitteln für den ‚Kohlepfennig' gezahlt werden müßten", und ist wegen der beabsichtigten zunehmenden Verstromung der Steinkohle mit einer Erhöhung der Abgabe nach dem Verstromungsgesetz (Kohlepfennig) zu rechnen?

72. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die vom Beirat für Fragen des Tourismus beim Bundeswirtschaftsministerium vorgelegte Empfehlung zur Einführung eines zweiten Ferienblocks zwischen Herbst und Frühjahrsanfang, und wird sie in diesem Zusammenhang den Vorschlag zur Durchführung einer Untersuchung über die Feriengebundenheit der Bevölkerung aufgreifen?

73. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler – wie im Spiegel-Interview vom 16. Januar 1978 wiedergegeben – tatsächlich erklärt, die Sachverständigen sollten sich bei ihren wirtschaftspolitischen Äußerungen zur Lohnhöhe „ein bißchen in ihrem eigenen Gesetz umsehen", und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung angesichts des Wortlauts und Sinns von § 2 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrats und angesichts Artikel 5 des Grundgesetzes den daraus zum Ausdruck kommenden Vorwurf?

74. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Übernimmt der Bundeskanzler damit den Vorwurf des Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Sachverständigenrat, er habe in seinem letzten Jahresgutachten gesetzeswidrig Empfehlungen abgegeben – obwohl doch nach § 2 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrats dieser zwar keine Empfehlungen abgeben, bei seiner Untersuchung aber verschiedene Annahmen zugrundelegen, unterschiedliche Wirkungen darstellen und beurteilen, Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen soll?

75. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, wonach in der Bundesregierung Bestrebungen im Gange sind, die Konzertierte Aktion umzustrukturieren?

76. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Bleibt der Sachverständigenrat Mitglied der Konzertierten Aktion?

77. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie kann die Bundesregierung nach dem Beschluß des Planungsausschusses für den 7. Rahmenplan den Auftrag des Gesetzes zur Förderung des Zonenrandgebiets vom 5. August 1971 erfüllen, der eine bevorzugte Berücksichtigung dieses Raums vorschreibt, nachdem die Entwicklung bestätigt, daß die dort gewährten Förderungen schon bisher nicht mehr ausreichten, um die notwendige Zahl von Arbeitsplätzen zu erhalten oder zu schaffen und wenn die im Planungsausschuß beschlossene Ausweitung der Fördergebiete auf 63 v. H. der Fläche und 36 v. H. der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland die Wettbewerbssituation des Zonenrandgebiets langfristig zur Aussichtslosigkeit verurteilt?

78. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang kommt die Lieferbindung für Schiffsbauten bei Kapitalhilfemaßnahmen der deutschen Entwicklungspolitik kleinen und mittleren Werften zugute?

79. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bei Aufträgen dieser Art eine ausreichende Berücksichtigung mittelständischer Unternehmen zu gewährleisten?

80. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Welchen Einfluß auf den Export deutscher Flaschen- und Faßbiere nach Frankreich hat nach Auffassung der Bundesregierung die Verfügung von Höchstpreisen für Bier durch die französische Regierung vom 4. November und 25. November 1977 beim Verkauf von Mengen unter 0,5 l in Restaurants, Gaststätten und Hotels, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

81. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in dieser Angelegenheit bei der EG-Kommission und der französischen Regierung zu intervenieren, hat sie bereits entsprechende Schritte unternommen, und was gedenkt sie zu tun, um die französische Regierung zu einer Rücknahme dieser Maßnahmen zu bewegen, die im Widerspruch zu den Europäischen Verträgen und zu der einschlägigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs stehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

82. Abgeordneter **Carstens (Fehmarn)** (CDU/CSU)

Mußte die Bundesregierung nicht voraussehen, daß die DDR ihre Fischereizone in der Ostsee ausdehnen würde, nachdem dies bereits Schweden und Polen getan hatten, und wenn ja, warum hat die Bundesregierung dann nicht in Erwartung dieser Entwicklung mit der Regierung der DDR auf der Basis des Grundlagenvertrags Verhandlungen geführt, um wenigstens eine Übergangslösung zu erzielen?

83. Abgeordneter **Carstens (Fehmarn)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in dem Vorgehen der DDR, das die Lebensgrundlage für einen großen Teil der deutschen Kutterflotte gefährdet, eine Handlung, die dem Geist des Grundlagenvertrags widerspricht?

84. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Trifft es zu, daß im Jahr 1975/76 die Haupterwerbsbetriebe der deutschen Landwirtschaft rund 86 v. H. der landwirtschaftlichen Nützfläche bewirtschafteten und hierbei rund 91 v. H. der Verkaufserlöse der bundesdeutschen Landwirtschaft erwirtschafteten?

85. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Welche Förderungspolitik für die Neben- und Zuerwerbsbetriebe leitet die Bundesregierung aus diesen Zahlen ab, wenn sie zutreffend sein sollten, und welche Höhe der Subventionierung des Zu- und Nebenerwerbslandwirts hält die Bundesregierung durch den Letztverbraucher für vertretbar?

86. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Ist aus der Tatsache, daß der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 19. Januar 1978, in der er sich auch mit Fragen der Fischereipolitik und der Politik gegenüber der DDR befaßt hat, das Problem der Ausdehnung der Fischereigrenzen der DDR in der Ostsee mit keinem Wort erwähnt hat, zu schließen, daß die Bundesregierung keine Gespräche unter Berufung auf den Grundlagenvertrag mit der DDR führt, um mindestens für eine Übergangszeit den Fischern der Bundesrepublik Deutschland eine Fortsetzung ihrer Tätigkeit in der von der DDR beanspruchten Zone zu ermöhlichen, die Grenzen dieser Zone festzustellen und Basislinien an der Ostseeküste festzulegen?

87. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Was beabsichtigt die Bundesregierung konkret zu unternehmen, um endlich eine EG-interne Fischereiregelung zu erreichen, so daß mit Drittländern über den Tausch von Fangquoten verhandelt werden kann?

88. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Mit welchen Konsequenzen für die Stellung des deutschen Weinbaus innerhalb des gemeinsamen Agrarmarkts rechnet die Bundesregierung für den Fall des Beitritts von Griechenland, Portugal und Spanien zur EG?

89. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse über die Verwendung von Bodensera zur Bodenbehandlung und -düngung, wie sie in den USA seit längerer Zeit in Anwendung sind, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung besonders unter den Aspekten der möglichen Energieeinsparungen und umweltfreundlichen Eigenschaften?

90. Abgeordneter **Lagershausen** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Feldmäusebekämpfung nicht allein Aufgabe der betroffenen Grünlandbetriebe und des Kreislandvolkverbands, sondern eine öffentliche Aufgabe ist, an der auch der Bund mitzuwirken hat?

91. Abgeordneter **Lagershausen** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, einen Teil des inzwischen entstandenen Kostenaufwands von mehr als 500 000 DM zu übernehmen bzw. den besonders hart betroffenen Betrieben eine Beihilfe zu gewähren?

92. Abgeordneter **Lagershausen** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, jährlich eine bestimmte Summe in einen Fonds einzuzahlen, um auf diese Weise in zukünftigen Befallsjahren vorbeugend und wirkungsvoll die Mäuseplage bekämpfen zu können?

93. Abgeordneter **Lagershausen** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, wissenschaftliche Institute mit umfassenden Versuchen zur Bekämpfung der Mäuseplage zu beauftragen und langfristig finanziell abzusichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

94. Abgeordneter **Müller (Remscheid)** (CDU/CSU)

Sind die im Haushaltsgenehmigungsschreiben der Bundesregierung an die Bundesanstalt für Arbeit vom 1. Dezember 1977 gemachten Auflagen nicht eine erhebliche Einschränkung der Befugnisse der Selbstverwaltung?

95. Abgeordneter **Müller (Remscheid)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Auflagen – auch im Hinblick auf den Umfang des Gesamtetats – nicht für kleinliche Eingriffe in die Personalpolitik der Bundesanstalt für Arbeit, die wohl der Rechts- aber nicht der Fachaufsicht unterliegt?

96. Abgeordneter **Müller (Remscheid)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang werden durch die Ablehnung der Erhöhung der Hauptstellenzulage die Nettobezüge der Bediensteten der Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit ab 1. Januar 1978 gekürzt?

97. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Welche konkreten Schlußfolgerungen für den Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes will die Bundesregierung aus dem Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium zu den aktuellen Problemen der Beschäftigungspolitik (Bulletin vom 29. November 1977, Seite 1110 f.) ziehen, demzufolge eine partielle Lockerung des Anwerbungsstopps für ausländische Arbeitnehmer für Arbeitsplätze angebracht erscheint, die – bis auf weiteres – von inländischen Arbeitnehmern nicht nachgefragt werden oder mit Inländern nicht besetzt werden können?

98. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des wissenschaftlichen Beirats, derzufolge „die Besetzung der Arbeitsplätze unmittelbar das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential erhöht und – jedenfalls soweit es sich um komplementäre Arbeitsplätze handelt – wahrscheinlich auch die Beschäftigungschance für arbeitslose Inländer positiv beeinflußt“?

99. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Wer trägt außer den gesetzlichen Krankenkassen die Kosten in Höhe von jährlich rund 3,5 Milliarden DM, die – nach Aussage von Bundesgesundheitsminister Frau Huber auf dem letzten Weltgesundheitstag – erforderlich sind für die ärztliche Behandlung der drei Millionen fettleibigen Kinder in der Bundesrepublik Deutschland, und wie hoch ist nach dem Wissensstand der Bundesregierung der von den gesetzlichen Krankenkassen zu tragende Anteil?

100. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Was geschieht seitens der Bundesregierung, um die Eltern dieser Kinder darauf aufmerksam zu machen, daß die Fettleibigkeit ihrer Kinder nicht nur gesundheitliche Schäden verursacht, sondern auch die an sich schon hohen Ausgaben der Krankenkassen und damit auch ihre Beitragserhöhungen mitverursacht?

101. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Aus welchen Gründen wird geistig Behinderten, die nicht zugleich gehbehindert sind, nicht unentgeltliche Beförderung im öffentlichen Personennahverkehr eingeräumt, obwohl geistig Behinderte sich in der Regel nicht ohne Hilfe im Straßenverkehr orientieren können und auf ständige Begleitung angewiesen sind?

102. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Hat die Bundesregierung die Absicht, sich für eine Gleichstellung von geistig Behinderten mit anderen Gruppen von Schwerbehinderten in diesem Punkt einzusetzen, und welche Schritte hat sie dazu unternommen bzw. vor?

103. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Handelt es sich nach Ansicht der Bundesregierung bei der Bestimmung des Jugendarbeitsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 2), daß Jugendliche nicht beschäftigt werden dürfen „an Berufsschultagen mit einer Unterrichtszeit einschließlich der Pausen von mindestens fünf Stunden", um Unterrichts- oder um Zeitstunden, und bedeutet „einschließlich der Pausen", daß die auf den Unterrichtsschluß folgende Mittagspause bei diesen fünf Stunden nicht mitgerechnet zu werden braucht, und wie kann die Bundesregierung ihrer Auffassung in der Praxis der Gesetzesanwendung Geltung verschaffen?

104. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Treffen die in jüngster Zeit veröffentlichten (insbesondere Platow-Brief vom 9. Dezember 1977) Zahlen zu, wonach bereits 1978 mit einem Defizit in der Arbeitslosenversicherung von zwei bis drei Milliarden DM zu rechnen ist, das sich nach zwei bis drei Jahren auf eine „zweistellige Milliardengröße" erhöhen wird, und daß zur Deckung dieses Fehlbetrags eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um einen (oder mehr) Beitragsprozentpunkt(e) zur Diskussion steht?

105. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Trifft es ferner zu, daß in den kommenden Jahren ein – über die Berechnungen des Bundesarbeitsministers vom Frühjahr 1977 hinausgehendes – Defizit der Rentenversicherungsträger von 20 bis 30 Milliarden DM zusätzlich zu erwarten bzw. nicht auszuschließen ist, und daß sich der Bundesfinanzminister bereits heute erklärtermaßen weigert, zur Deckung dieses Fehlbetrags und des Fehlbetrags der Arbeitslosenversicherung Mittel aus dem Bundeshaushalt bereitzustellen?

106. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Welche Mehrausgaben sind der gesetzlichen Rentenversicherung durch die 1972 erfolgte Vorziehung des Rentenanpassungstermins entstanden?

107. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Welche weiteren Mehrausgaben entstehen dadurch bis Ende 1978?

108. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß verschiedene Ortskrankenkassen von Personen mit Anspruch auf freie Heilfürsorge, z. B. Berufssoldaten und Polizeibeamte, die also Kassenleistungen nur für ihre Familienangehörigen erhalten, Beiträge nach Beitragssätzen nur um 4. v. H. erheben?

109. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der Prognos-Untersuchung über die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, nach der zum Beispiel bei gleichbleibender Geburtenziffer die Alterslastquote von 31.6 v. H. im Jahr 1980 auf über 39 v. H. im Jahr 2000 und schließlich auf 64 v. H. im Jahr 2030 steigen wird, und welche Folgerungen zieht sie aus dieser Beurteilung?

110. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hätte eine solche Entwicklung auf das Finanzsystem der gesetzlichen Rentenversicherung?

111. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Wann werden die angekündigten 1 600 neuen Stellen bei der Arbeitsverwaltung besetzt sein?

112. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Wann ist damit zu rechnen, daß die Arbeitsverwaltung demgemäß zu einer intensiveren und phantasievolleren Arbeitsvermittlung kommt?

113. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit arbeitslose Schwerbehinderte, die teilzeitbeschäftigt waren, nicht berücksichtigt werden?

114. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Wenn ja, wie hoch ist die Zahl der ehemaligen teilzeitbeschäftigten, jetzt arbeitslosen Schwerbehinderten?

115. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie haben sich die Ausgaben der Knappschaftsversicherung sowie die Zuwendungen des Staates hierzu in den Jahren 1970 bis 1977 entwickelt, absolut und bezogen auf die Zahl der Empfänger von Renten aus der Knappschaftsversicherung?

116. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auch den Steuerpflichtigen, die keine über die Sozialversicherung hinausgehenden Ansprüche auf eine betriebliche Altersversorgung haben, die Chance zu verschaffen, eine in gleicher Weise steuerfreie Altersversorgung aufzubauen?

117. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Erwägt die Bundesregierung, den Gesetzgeber zu veranlassen, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung bei der späteren Rentenleistung geringer zu bewerten als Pflichtbeiträge, z. B. freiwillige Beiträge bei der laufenden Rentendynamisierung nicht mehr zu berücksichtigen?

118. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Anhebung des Weihnachtsfreibetrags sowie durch die übrigen Steuerentlastungsmaßnahmen für Arbeitnehmer, die am 1. Januar 1978 in Kraft getreten sind, die Bruttolöhne der Arbeitnehmer mit vereinbartem Nettolohn, deren Anzahl in Handwerksbetrieben z. T. noch beträchtlich ist, niedriger zu berechnen sind als bisher, was dazu führt, daß die Beitragsleistungen zur Sozialversicherung entsprechend sinken, und hält es die Bundesregierung angesichts dieser Rechtslage, die zur Folge hat, daß die Ansprüche des betreffenden Personenkreises gegenüber der Arbeitslosen- und später gegenüber der Rentenversicherung niedriger ausfallen, als die der netto gleichviel verdienenden Kollegen mit vereinbartem Bruttolohn, für notwendig, künftig das Prinzip der Nettolohnvereinbarung nicht mehr zuzulassen?

119. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Bestehen Lehr- und Stoffpläne im Hinblick auf Sprachlehrgänge für Aussiedler, die in erster Linie die Vorkenntnisse und den schulischen Ausbildungsstand der Menschen differenziert berücksichtigen, und sieht die Bundesregierung gegebenenfalls Möglichkeiten, durch allgemeine Anweisung über die Arbeitsverwaltung eine solche Ausrichtung sicherzustellen?

120. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie hat sich im letzten Jahr die Arbeitslosigkeit von Universitäts- und Fachhochschulabsolventen entwickelt, und gibt es berufsmäßige und zeitliche Schwerpunkte (z. B. Chemiker nach dem Examen), und würden diese gegebenenfalls eine Einbeziehung in die Arbeitsmarktprogramme rechtfertigen?

121. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland das Berufsbild des „Industriemechanikers" oder sind Entwicklungen daraufhin sichtbar?

122. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch eine bessere Koordination der Arbeitsvermittlung zwischen benachbarten Arbeitsämtern – beispielsweise in Hamburg und in Schleswig-Holstein – sicherzustellen, daß insoweit ein Vermittlungsausgleich stattfindet, als jeweils auch Arbeitslose bei der Vermittlung berücksichtigt werden, die bei einer Nachbardienststelle registriert sind?

123. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat der Bundesarbeitsminister – entsprechend einer Übersicht der Vormerkstelle des Bundes beim Bundesverwaltungsamt Köln – für 1977 keine vorbehaltenen Stellen gem. § 10 SVG gemeldet und zur Verfügung gestellt?

124. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Wieviel Stellen für den einfachen und mittleren, den gehobenen Dienst und für Angestellte in den Vergütungsgruppen X bis III BAT im Bereich des Bundesarbeitsministers sind 1977 angefallen, und sind diese Stellen den Soldaten für 1978 gutgeschrieben worden?

125. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie stellt sich die Bundesregierung zur Forderung des IG-Metall-Vorstandsmitglieds Janzen nach einer Einheitskrankenversicherung und als ersten entscheidenden Schritt dazu zur gleichzeitig erhobenen Forderung nach der Selbstverwaltung der Krankenversicherung ausschließlich durch die unmittelbar Versicherten?

126. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung Maßnahmen zur Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen im Backgewerbe, die, vor allem entlang der französischen Grenze, daraus entstehen, daß es in Frankreich kein Nachtbackverbot gibt?

127. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Behinderte, deren Erwerbsminderung mindestens 50 v. H. beträgt und die infolgedessen einen besonderen Freibetrag bei der Wohngeldberechnung in Anspruch nehmen können, nun einen Schwerbehindertenausweis beantragen müssen, obwohl ihr Anspruch durch vorangegangenen Feststellungsbescheid bereits amtlich festgelegt worden ist?

128. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Presseberichte bestätigen, nach denen Bundesminister Dr. Ehrenberg in einem Zeitungsinterview den Rückstand der Beamtenpensionen hinter der Versorgung der ehemaligen Behördenangestellten bestritten hat, und wenn ja, wie verträgt sich diese Aussage des Bundesministers mit dem im Auftrag der Bundesregierung erstellten Gutachten der „Treuarbeit"-AG, Frankfurt, in dem nach ausführlichen Berechnungen nachgewiesen wurde, daß die Beamtenpensionen bis zu drei Besoldungsgruppen hinter der Versorgung der ehemaligen Behördenangestellten zurückbleiben?

129. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Welche Gutachter und Projektbegleiter im Rahmen des Programms „Humanisierung des Arbeitslebens" sind gleichzeitig wieder an Forschungsaufträgen im Rahmen des gleichen Programms beteiligt, differenziert nach Sachgegenstand, Bearbeiter und Auftragsvolumen?

130. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Was sind die Gründe für die Vergabe des Forschungsauftrags Nr. 4005 Durchführung von Fachkonferenzen auf dem Gebiet „Humanisierung des Arbeitslebens" an die Firma METAPLAN mit einem Zuwendungsvolumen von 355 800 DM, und nach welchen Kriterien wurde dieses Unternehmen ausgewählt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

131. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sind dem Bundesverteidigungsminister Klagen von Absolventen der Bundeswehrhochschulen darüber bekannt, daß ein Stellenvorbehalt für Zeitoffiziere für den höheren Dienst nicht besteht, und wenn ja, welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zu diesem Problem?

132. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Wann werden von seiten des Bundesverteidigungsministers die vom Bundesinnenminister für eine Festsetzung der Lärmschutzbereiche notwendigen Prognosedaten für die Militärflugplätze Brüggen und Wildenrath fertiggestellt sein, damit, wie auch bei anderen Zivil- und Militärflughäfen, die Lärmschutzbereiche durch Rechtsverordnung festgelegt werden können, damit dem Gesetz zum Schutze des Fluglärms und so dem Wohl der in dieser Gegend wohnenden Menschen Rechnung getragen wird?

133. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Welche positiven Auswirkungen hatten bisher die Lärmschutzbereiche, die durch Rechtsverordnung festgelegt wurden, im Bereich von Flugplätzen aus der Sicht bisheriger Erfahrung in Verbindung mit dem Lärmschutzgesetz für die Bürger gebracht?

134. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist nach Abschluß der parlamentarischen Beratungen absolut sichergestellt, daß mit dem Neubau des Dienstgebäudes für das militärgeographische Amt in der bundeseigenen Liegenschaft, Euskirchen, Funkkaserne, im 4. Quartal 1978 begonnen wird, und wann erfolgt die Belegung durch das Dienstpersonal?

135. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, auf dem Truppenübungsplatz Boostedt einen Panzerfaustschießstand zu errichten?

136. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Anlage gegebenenfalls so geplant, daß Lärmbelästigungen für die unmittelbare Umgebung der Gemeinde Boostedt ausgeschlossen und eine Einbeziehung in den schon bestehenden Schießplatzkomplex vorgesehen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

137. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung die Prüfungsordnung für den Nachweis der Sachkunde zum Handel mit nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln nach dem Arzneimittelgesetz noch nicht erlassen, und wie stellt die Bundesregierung sicher, daß den Betroffenen keine Nachteile dadurch entstehen, daß sie den Sachkundenachweis nicht führen können?

138. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung angesichts der hohen Zahl von ca. 50 000 jährlichen schweren Verbrennungsunfällen, von denen 1 200 tödlich enden, die Anzahl der Spezialbehandlungszentren in der Bundesrepublik Deutschland, die zudem nur eine beschränkte Aufnahmekapazität haben, obwohl dort die besten Heilungschancen gegeben sind, für ausreichend an, und wenn nein, was kann die Bundesregierung tun, um zu einer Verbesserung der Lage beizutragen?

139. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Wird die Bundesregierung, da die bezüglich der Behandlung mit Frisch- oder Trockenzellen vorgetragenen Meinungen von Fachleuten völlig gegensätzlich sind, durch einen Forschungsauftrag mit unabhängiger wissenschaftlicher Begleitung Licht in das Dunkel bringen, um Gesundheitsschädigungen auszuschließen, und wenn nein, welche Möglichkeiten stehen ihr weiterhin offen, um eine objektive Bewertung der Anwendung der Zellentherapie zu veranlassen, und wann wird dies geschehen?

140. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, in der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls eine Antiraucheraktion zu starten auf Grund der neuesten in den USA gewonnenen medizinischen Erkenntnisse, nach denen 90 v. H. aller Lungenkrebserkrankungen mit dem Rauchen in Verbindung gebracht werden und für die meisten tödlichen Herzattacken das Rauchen bedeutende Ursache war?

141. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Ist der Bundesregierung der Tod eines jungen Franzosen bekannt, der durch den gelben Farbstoff Colorant 102, der in Frankreich in Nahrungsmitteln und rund 600 Medikamenten verwendet wird, auf Grund einer allergischen Reaktion verursacht worden sein soll, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

142. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Ist nach Ansicht der Bundesregierung auszuschließen, daß der in der Bundesrepublik Deutschland zugelassen und mit Colorant 102 identische Farbstoff Tartrazin ebenfalls allergische Reaktionen auslösen kann, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

143. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Besorgnis vieler Fachärzte für Kinderheilkunde, daß angesichts der medizinischen Unterversorgung, besonders in ländlichen Gebieten, wo Kinder auch durch Allgemeinärzte und Fachärzte anderer Disziplinen versorgt werden, eine Änderung der Approbationsordnung für Ärzte insoweit eine drastische Verschlechterung der Ausbildung der Ärzte in all den Fragen mit sich bringt, die das Kind angehen, da in dieser Vorlage die chirurgischen Probleme ein Schwergewicht gegenüber allgemeinärztlichen und kinderärztlichen Problemen erhalten, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

144. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang auch die Besorgnis, daß Medizinstudenten ohne spezielle Prüfungen in Fragen der allgemeinen Kinderheilkunde die Qualifikation zum Arzt erwerben können, da einerseits Kinderheilkunde in diesem Gesetzentwurf eine Art „Wahlfach" geworden ist, andererseits aber Kinderheilkunde für die Studenten ein „schwieriges" Fach ist und sie insoweit weniger schwierige Fächer als Wahlfach bevorzugen werden, und ist die Bundesregierung nach alldem nicht der Auffassung, daß in dem gegenwärtigen Zeitalter wachsender Gefahren für die Kinder durch die technisierte Umwelt, durch Überzivilisation und Umweltschäden die Bedeutung vorbeugender Maßnahmen im Kindesalter in Lehre und Forschung verstärkt werden muß?

145. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die in der Schweiz verfügte Herabsetzung der Toleranzgrenze für krebserregende Aflatoxine in allen Lebensmitteln auf Null im Hinblick auf die bundesdeutsche Regelung vom 1. März 1977 (Aflatoxin-Verordnung)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

146. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, in die Straßenverkehrs-Ordnung neben der allgemeinen Lärmschutzvorschrift des § 30 (Lärmschutz und Sonntagsfahrverbot) eine zusätzliche Regelung aufzunehmen, die den Straßenverkehrsbehörden die Befugnis einräumt, Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht nur wie bisher aus Gründen eines sicheren und geordneten Verkehrsablaufs, sondern künftig im Einzelfall auch aus „Lärmschutzgründen" einzuführen (etwa im Bereich von Krankenhäusern, Sanatorien, Altersheimen, Schulen etc.)?

147. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Könnten gegebenenfalls Verkehrszeichen für Geschwindigkeitsbegrenzungen das Zusatzschild „Lärmschutz" erhalten?

148. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wie sind die Erfahrungen mit der Regelung des § 42 Abs. 6 Nr. 1 d der Straßenverkehrs-Ordnung, nach der Kraftfahrer außerhalb geschlossener Ortschaften auf einer Richtungsfahrbahn mit drei Fahrstreifen den mittleren Fahrstreifen dort durchgängig befahren dürfen, wo – auch nur hin und wieder – rechts davon ein Fahrzeug hält oder fährt?

149. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Wie ist der derzeitige Planungsstand für die „Osttangente" Mönchengladbach, wie der genaue Zeitplan für den weiteren Verfahrensablauf, und wann ist mit dem Baubeginn für die weiteren Bauabschnitte voraussichtlich zu rechnen?

150. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Trifft es zu, daß thailändische Behörden einer deutschen Ferienfluggesellschaft, die in ihrem Programm auch den Fernen Osten mit aufnehmen wollte, die Verkehrs- und Landerechte verweigert hat, wie aus einer Meldung der Süddeutschen Zeitung (Nr. 289) vom 15. Dezember 1977 – Reise und Erholung – hervorgeht, und wenn ja, welche konkreten Schritte zur Abwendung von Schäden dieser deutschen Ferienfluggesellschaft hat die Bundesregierung unternommen bzw. gedenkt sie zu unternehmen?

151. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach einer Untersuchung aus dem Jahr 1974 an rund 30 000 Pkw-Reifen, die vom deutschen Reifenhandel demontiert worden waren, 41 v. H. eine Profiltiefe von weniger als 1 mm bis total abgefahrene Reifen hatten, und ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der Verbesserung der Verkehrssicherheit untersuchen zu lassen, inwieweit bei Unfällen zu geringe Reifenprofiltiefe direkt oder mitbedingend Ursache waren und einen Forschungsauftrag darüber zu vergeben, ob und inwieweit die Verkehrssicherheit durch eine Mindestprofiltiefe von 2 mm erhöht werden kann?

152. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Öffentlichkeit mehrfach erhobenen Forderungen, für Führerscheininhaber von 60 Jahren und darüber die Verpflichtung einzuführen, sich einem Sehtest zu unterziehen, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

153. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der privatbetriebenen Eisenbahngesellschaften, die insgesamt nur einen unbedeutenden Anteil am Schienenverkehr der gesamten Bundesrepublik haben und insbesondere auf den von der Deutschen Bundesbahn als unrentabel bezeichneten und zum großen Teil bereits aufgehobenen Nebenstrecken tätig sind?

154. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Trifft es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung zu, daß die privaten Eisenbahngesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland durchweg mit Gewinn arbeiten, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Erfolgsrezept dieser Eisenbahngesellschaften teilweise auf die Deutsche Bundesbahn zu übertragen?

155. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Wirtschaftlichkeitsrechnung der Deutschen Bundesbahn bezüglich der südlichen Güterumgehungsbahn Hamburg im Hinblick auf die äußerst kontrovers geführte Diskussion von einer neutralen Stelle überprüfen zu lassen?

156. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Haben bei der Planung der Streckenführung der südlichen Güterumgehungsbahn Hamburg auch Landschaftsschutzgesichtspunkte eine Rolle gespielt?

157. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist nach Meinung der Bundesregierung bei Bahnübergängen in geschlossenen Ortsbereichen die gebotene Verkehrssicherheit mit Halbschranken und Blinklichtanlagen gewährleistet, oder sollte man hierfür nicht automatisch bediente Vollschranken vorsehen, wie es der tragische Unglücksfall beim Bahnübergang Brunnengasse in Allensbach, Kreis Konstanz, am 3. Oktober 1977 nahelegt?

158. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wie weit sind die Verhandlungen mit der Stadt München über die Beteiligung des Bundes beim Ausbau der Ingolstädter Landstraße in München (B 13) inzwischen gediehen (vgl. Antwort auf meine Anfrage in der 27. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Mai 1977, S. 1998)?

159. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie ist der letzte Stand der Überlegungen der Bundesregierung zu einer Verbesserung des Emsfahrwassers bis Papenburg, und wieweit ist insbesondere die angekündigte Prüfung des Bundesverkehrsministeriums über die Verbesserungsmaßnahmen im einzelnen?

160. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Mit welchem Zeitraum ist für den Abschluß der Prüfungen hinsichtlich dieses Projekts zu rechnen, und wann wird abzusehen sein, ob die Bundesregierung zu einer Bereitstellung von Haushaltsmitteln bereit ist?

161. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Untersuchung der Stiftung Warentest „Hygiene in Eisenbahnzügen" – veröffentlicht in Test 12/77 – insbesondere mit Hinblick auf das schlechte Ergebnis der Waschwasserkontrolle, in dem gefährliche Krankheitserreger wie Coli-Bakterien gefunden wurden, und welche Konsequenzen sind mittlerweile daraus gezogen worden, um die Kunden der Deutschen Bundesbahn nicht weiterhin einer vermeidbaren Infektionsgefahr auszusetzen?

162. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, der jetzt durch die Anbindung an das Autobahnende der A 1 auf der Ortsdurchfahrt Firmenich – Obergartzem der B 266 eingetretenen übermäßigen Verkehrsbelastung, die zu unerträglichen Zuständen in bezug auf die Verkehrssicherheit und Lärmbelästigung in nicht vorhersehbarer Weise geführt hat, dadurch Abhilfe zu schaffen, indem die Ortsumgehung noch vor 1981 gebaut wird und diese Straßenbaumaßnahme durch unbürokratisches Vorgehen vorgezogen wird, um eine Verkehrsentlastung in diesem Bereich zu erreichen, und ist der Bundesverkehrsminister bereit, in diesem Fall eine ähnliche Entscheidung zu treffen, wie dies vor kurzem bei der Entscheidung über den vorzeitigen Autobahnbau der Strecke Würzburg – Aalen – Ulm stattgefunden hat?

163. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welchen Stand hat die Planung einer Schnellbahntrasse der Deutschen Bundesbahn (DB) im Rheintal erreicht, und welche Funktion ist dabei dem Teilbahnabschnitt Karlsruhe – Rastatt – Baden-Baden – Offenburg – Freiburg i. Br. im gesamten Schnellbahnnetz der Deutschen Bundesbahn überhaupt zugedacht?

164. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Inwieweit sind beim gegenwärtigen Stand der Planung der Deutschen Bundesbahn die Interessen der Bevölkerung zur Sicherung vor Lärmschutzimmissionen und die Gesamtbelange des Landschaftsschutzes überhaupt berücksichtigt?

165. Abgeordete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Sind zur Entlastung der jetzt überlasteten Rheintalstrecke im Güterverkehr auch andere Zugführungen bei der DB in Erwägung gezogen, zumal auf anderen Strecken – wie beispielsweise Pforzheim – Nagold – Horb – Kapazitäten frei sind und früher auch genutzt worden sind?

166. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die von örtlichen Sachkennern vorgetragene Meinung bestätigen, daß auf der Aartalstrecke zwischen Wiesbaden und Diez die Deutsche Bundesbahn den Personenverkehr auf der Schiene kostendeckend abwickelt, und ist die Bundesregierung unter diesen Umständen dazu bereit, das jetzt bestehende Verkehrsangebot zu erhalten?

167. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist beabsichtigt, zwischen Achern und Sasbach westlich der B 3 einen Geh- und Radfahrweg und östlich der B 3 einen Radfahrweg anzulegen?

168. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, dem Antrag des Landes Baden-Württemberg auf Ausbau und Zulassung der östlichen Umfahrtsrampe L 78/A 5 bei der Tank- und Rastanlage Baden-Baden für den Schwerverkehr als kurzfristig durchführbarer Möglichkeit zu entsprechen, nachdem feststeht, daß das Warten auf das Ergebnis der laufenden Verkehrsuntersuchung Rhein-Murg vor 1985 zu keinem konkreten Ergebnis führen wird?

169. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der Anteil von Teilzeitarbeitsplätzen im Bereich der Fernsprechauskunft?

170. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Tätigkeitsbereich Fernsprechauskunft mehr Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen?

171. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, einschlägige Vorschriften der Deutschen Bundespost in der Weise zu ändern, damit auch Klein- und Mittelbetriebe mit bis zu zehn Amtsleitungen Telefonhausanlagen mit Direktdurchwahlmöglichkeiten zu den Nebenstellen erwerben können, und wenn nein, wie begründet die Bundesregierung diese Haltung?

172. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, am Buß- und Bettag bundesweit den Feiertagstarif bei Telefongesprächen einzuführen, weil die Postkunden in den Bundesländern, wo der Buß- und Bettag gesetzlicher Feiertag ist, zwar die normalen Telefongebühren zu tragen haben, Störungen der Telefonanlagen aber in vielen Gebieten nicht oder nur mit großer Verzögerung behoben werden, und wenn nein, wie ist diese Einstellung zu rechtfertigen?

173. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundespost bei der Auswahl von Bewerbern, z. B. für den gehobenen Postdienst, als Auswahlkriterium die Abiturnote zugrundelegt?

174. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, diesen „numerus clausus", der bei der Oberpostdirektion Köln zur Zeit bei der Durchschnittsnote 2,1 liegt, abzuschaffen?

175. Abgeordneter **Landré** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Pakete im Postverkehr mit der DDR während der Vorweihnachtszeit 1977 verlorengegangen sind, und werden die Verlustmeldungen statistisch ausgewertet?

176. Abgeordneter **Landré** (CDU/CSU)

Wenn ja, werden aus diesen statistischen Auswertungen Schlußfolgerungen gezogen, aus denen sich möglicherweise Erkenntnisse über die politische Verfolgung bestimmter Personen herleiten lassen?

177. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Welche Bemühungen hat die Bundesregierung mit welcher Aussicht auf Erfolg bis heute unternommen, um die einst im Besitz der ehemaligen Reichspost befindlichen berühmtesten Briefmarken der Welt, die rote und die blaue Mauritius, sowie andere ebenfalls in ehemals reichsdeutschem Besitz befindliche Briefmarkenraritäten aus den USA in die Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen?

178. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Deutsche Bundespost, die für ihren Bereich geltende und vom Bundespostminister ausgesprochene Beschäftigungsgarantie auf die Deutsche Fernkabel-Gesellschaft Rastatt, deren Gesellschafter die Deutsche Bundespost ist, auszudehnen?

179. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann** (CDU/CSU)

Ist der Bundespostminister bereit, der Nachfrage entsprechend, bei den neu zu installierenden öffentlichen Fernsprechautomaten mit Tastatur wieder die Münzbenutzung von 1 DM, 50 Pfennig und 10 Pfennig zu ermöglichen, statt von 5 DM, 1 DM, 10 Pfennig?

180. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann** (CDU/CSU)

Ist der Bundespostminister bereit, auch in öffentlichen Fernsprechzellen durch Angabe der Telefonnummer den Rückruf zu ermöglichen, wie das in anderen Nachbarländern üblich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

181. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über den Zusammenhang von Krebserkrankungen bzw. sonstigen schweren Beeinträchtigungen und der Lage eines Gebäudegrundstücks im Einzugsbereich schädlicher Wasser- oder Erdstrahlen vor, und welche Möglichkeiten sieht sie, gegebenenfalls derartige Gebäude durch bautechnische Maßnahmen vor schädlichen Strahlen abzuschirmen?

182. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es den Mietern von Sozialwohnungen nicht zuletzt auch durch den weitgehenden Einsatz von EDV-Anlagen kaum mehr möglich ist, im einzelnen die Berechtigung der Kostenmiete und späterer Mieterhöhungen nachzuprüfen, und welche Möglichkeiten sieht sie, die Ermittlung, den Nachweis und die Geltendmachung der Kostenmiete so zu vereinfachen und auszugestalten, daß der verständige Mieter ohne unzumutbare Anforderungen in der Lage ist, die Berechtigung der Kostenmiete und nachträglicher Mieterhöhungen im einzelnen nachprüfen und nachvollziehen zu können?

183. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU)

In welchem Umfang hat die Bundesregierung die für den 1. Januar 1978 in Aussicht genommene Mieterhöhung für Bundesbedienstetenwohnungen durchgeführt?

184. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU)

Wieviel Wohnungen sind von dieser Aktion betroffen, und wie hoch ist die durchschnittliche Mietsteigerung?

185. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß Studenten, die nach Überschreitung der Förderungshöchstdauer keine BAföG-Leistungen mehr erhalten und von Gelegenheitsarbeiten und privater Unterstützung leben, einen Anspruch auf Wohngeld erheben können, und wenn ja, wird die Bundesregierung die zuständigen Verwaltungsstellen entsprechend informieren?

186. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welchen Anteil der Anträge auf Förderung nach dem Wohnungsmodernisierungsprogramm konnte im Jahr 1977 auf die Bundesebene bezogen befriedigt werden, und ist der Bundesregierung bekannt, daß in einzelnen Regierungsbezirken kaum einem Drittel der gestellten Anträge entsprochen werden konnte?

187. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Bundesländer haben ihre Bundesquote im Rahmen des Wohnungsmodernisierungsprogramms im Jahre 1977 nicht verbraucht, und ist die Bundesregierung bereit, entweder nicht abgerufene Mittel auf die Länder umzuschichten, die Mittel noch unterbringen können, oder entsprechende Aufstockungen vorzunehmen?

188. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß die gesetzliche Gestaltung der Mieten für Sozialwohnungen zu einem erheblichen Vermögenszuwachs bei den Wohnungseigentümern zu Lasten der Mieter führt (vgl. ARCH, Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen, Heft 32, und Sonderdruck des Landesverbands südwestdeutscher Mietervereine e. V. vom 12. Mai 1977), und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch Änderung der gesetzlichen Bestimmungen zu gewährleisten, daß die aufgezeigten Vermögensverlagerungen durch die Berechnung und Erhebung der Kostenmiete in Zukunft vermieden werden, ohne daß gleichzeitig die Bereitschaft zur Investierung im sozialen Wohnungsbau herabgesetzt wird, und beabsichtigt die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag entsprechende Vorschläge zur Genehmigung vorzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

189. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, umgehend eine Dokumentation über die Berichterstattung einmal der Presse in der DDR und zum anderen der von der DDR finanzierten kommunistischen Presse in der Bundesrepublik Deutschland zu erstellen und diese zu veröffentlichen, aus der hervorgeht, daß diese Presse ununterbrochen und seit langem in beleidi-

gender und hetzerischer Art und Weise politische Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland darstellt und Persönlichkeiten aus dem politischen und gesellschaftlichen Bereich angreift?

190. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung gegen die unsinnigen Vorwürfe der DDR-Regierung gegen Bundesinstitute in Berlin (West) wann und wo unternommen, um zum einen im Rahmen der Fürsorgepflicht die angegriffenen und verunglimpften Mitarbeiter der Institute zu schützen und zum anderen die Unverfrorenheit der DDR-Regierung abzuwehren, sich anzumaßen, offizielle Institute der Bundesrepublik Deutschland zu verleumden und anzugreifen?

191. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die DDR-Regierung zu veranlassen, ihre gegen die Vereinbarungen des Grundlagenvertrags verstoßende Praxis gegenüber kritischen Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland aufzugeben, und wird sie auf eine weitere vertragswidrige Weigerung der DDR, einen Korrespondenten des „Spiegel" zu akkreditieren, ebenso reagieren wie sie auf frühere spektakuläre Ausweisungen von Journalisten aus der DDR reagiert hat?

192. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Betrachtet die Bundesregierung die Schließung des Spiegelbüros als eine schwere Beeinträchtigung ihrer Beziehungen zur Regierung der DDR?

193. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Bedeutet die Behauptung der SED-Führung, das Manifest der Oppositionellen sei ein „Machwerk des Bundesnachrichtendienstes", nicht eine schwerwiegende Belastung ihrer Beziehungen zur Regierung der DDR?

194. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß nach Aussagen freigelassener Inhaftierter aus DDR-Strafanstalten die Kontakte bundesdeutscher Inhaftierter mit unserer Ständigen Vertretung in Ost-Berlin überwacht werden, daß Häftlinge, die Notizen über Beschwerden, die sie vorbringen wollen, vor dem Besuch abgeben und genehmigen lassen müssen?

195. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Trifft es außerdem zu, daß Beamte des Staatssicherheitsdienstes Gespräche zwischen bundesdeutschen Häftlingen und Mitarbeitern der Ständigen Vertretung abgebrochen haben, wenn die Gefangenen Beschwerden vorbrachten?

196. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Häftlinge aus der Bundesrepublik Deutschland in DDR-Strafanstalten mißhandelt und zusammengeschlagen wurden respektive werden?

197. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Warum wird in offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung nach Verhandlungen mit der Regierung in Ost-Berlin wiederholt von Bonn und Berlin, nicht aber unserer Rechtsauffassung entsprechend von Bonn und Ost-Berlin oder Berlin (Ost) gesprochen, und gedenkt die Bundesregierung, in Zukunft anders zu verfahren?

198. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß inhaltliche Beschränkungen für Fraktionssitzungen in Berlin nicht bestehen, weil sie Verfassungs- oder Amtsakte im Sinne des Viermächteabkommens gar nicht vornehmen können, und daß die Ansicht der DDR insofern falsch ist?

199. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

In welchem Umfang liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, daß die DDR von Einreisenden nicht nur die Nummern der Reisepässe, sondern auch die von dazu gar nicht verwendbaren Personalausweisen wissen will, und empfiehlt sie den Betroffenen – gegebenenfalls warum –, dem Wunsch der DDR-Behörden nachzukommen und die Frage zu beantworten, auch wenn kein vernünftiger Grund erkennbar ist?

200. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Welches sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Gründe für Einreiseverweigerungen für Bürger der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlins, die in die DDR oder nach Ost-Berlin einreisen wollen, sowie die Festnahmen und sich häufenden verschärften Durchsuchungen an den Transitkontrollstellen nach Berlin bzw. von Berlin nach Westdeutschland durch die DDR-Kontrollorgane?

201. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher bei der Regierung der DDR und gegebenenfalls der Sowjetunion unternommen bzw. was wird sie unternehmen, um die Rechtsbrüche und willkürlichen Handhabungen gegen die Regelungen des Reiseverkehrs, insbesondere des Transitabkommens, durch die DDR zu verhindern?

202. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Wie viele Bürger der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlins haben seit Inkrafttreten des Transitabkommens mit der DDR am 3. Juni 1972 die Transitwege (Straße und Wasser getrennt) nach Berlin bzw. von Berlin nach Westdeutschland benutzt?

203. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Wie viele Bürger der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlins sind im gleichen Zeitraum in die DDR und nach Ost-Berlin eingereist?

204. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Wie viele Bürger haben seit Inkrafttreten des Transitabkommens am 3. Juni 1972 von der Möglichkeit der Eintagsreisen im grenznahen Bereich Gebrauch gemacht?

205. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Wie vielen dieser Reisenden wurde seit Inkrafttreten des Transitabkommens am 3. Juni 1972 von den DDR-Kontrollorganen die Einreise verweigert, wie viele wurden festgenommen und wie viele waren Durchsuchungen ausgesetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

206. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Mittel wurden bisher bzw. werden insgesamt für den Bau des Spacelab aufgewendet?

207. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Kosten des Spacelab angesichts der bestehenden Pläne über mögliche Nutzlasten vertretbar?

208. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Gründe sprechen nach Ansicht der Bundesregierung gegen die geforderte Personalkostenzulage für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, und wie hoch wären die Belastungen im Bundeshaushalt, wenn die Zulage den vergleichbaren Bedingungen bei der Förderung der Vertragsforschung entspräche?

209. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Gibt es im übrigen Steuer- oder Subventionssystem eine der Personalkostenzulage für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten vergleichbare Regelung, und wie sind dort gegebenenfalls die Abgrenzungs- und Kontrollprobleme gelöst worden?

210. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welches Gremium soll nach Ansicht der Bundesregierung über die Mittel für die Vertragsforschung im Forschungshaushalt 1978 entscheiden, damit die beantragten Zuwendungen für Forschungsaufträge, wie die Bundesregierung verlangt, „technologisch erfolgversprechend sind und einen greifbaren wirtschaftlichen Nutzen erwarten lassen", und wie will die Bundesregierung bei der Mittelvergabe feststellen, daß Zuwendungen nur für Forschungs- und Entwicklungsaufträge gewährt werden, „für die der erforderliche Aufwand im Verhältnis zur Finanzkraft des auftraggebenden Unternehmens so erheblich ist, daß der Auftrag ohne öffentliche Hilfe nicht oder nur erheblich verzögert zustande käme"?

211. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen beharrt die Bundesregierung darauf, daß die Mittel für die Vertragsforschung nur dann gewährt werden, wenn „nicht schon im Rahmen anderer technologieorientierter Programme des Bundes oder der Länder eine Förderung erfolgt oder eine Investitionszulage gewährt wird", und wer soll dies im einzelnen kontrollieren?

212. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Bei welchen Stellen der Bundesregierung können die Mittel für die Vertragsforschung ab 1978 beantragt werden, und welche Richtlinien sind hierbei zu beachten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

213. Abgeordneter **Dr. Staudt** (SPD)

Was wird die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern für Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, daß die Kinder ausländischer Arbeitnehmer von qualifiziertem Personal unterrichtet werden, das mit den speziellen Problemen ausländischer Kinder vertraut ist?

214. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Verfahren und die bisherigen Ergebnisse der seit 1977 geltenden „Härtefall-Ausgleichsregelung" bei der Studienzulassung von Leistungssportlern in Numerus-clausus-Fächern?

215. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, dazu beizutragen, daß die Zulassungsbestimmungen für Leistungssportler nach Einzelfallprüfung bundesweit einheitlich angewendet werden und damit erhebliche Unterschiede und Nachteile der Betroffenen (z. B. im Bundesland Bayern) verhindert werden?

216. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Inwieweit kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, denenzufolge die Novelle zur Ausbildungsförderung im Entwurf erst im Herbst dieses Jahrs vorgelegt werden soll, obwohl dies bereits für den Herbst 1977 bzw. für den Beginn des Jahrs 1978 angekündigt worden war, und welche Gründe sind gegebenenfalls ausschlaggebend für diese Verzögerung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

217. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Kosten für den Druck und Versand des Publikationsorgans „Bundesrundbrief" (Arbeitstitel) der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin, einer lose kommunizierenden Aktionsgruppe, zu erstatten, und wenn ja, von welcher Beurteilung des „Bundesrundbriefs" geht die Bundesregierung dabei aus?

Bonn, den 20. Januar 1978